



MELDE- UND INFORMATIONSTELLE
ANTIZIGANISMUS

MELDE- UND INFORMATIONSTELLE ANTIZIGANISMUS (MIA)

ZUR LAGE DER AUS DER UKRAINE GEFLÜCHTETEN ROMA IN DEUTSCHLAND

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



ZENTRAL Deutscher
RAT Sinti & Roma

FLUCHT AUS DER UKRAINE

Seit am 24. Februar 2022 der Angriff russischer Truppen auf die Ukraine begann, flüchteten Millionen Menschen vor dem Krieg aus der Ukraine in Richtung Westen – darunter viele ukrainische Roma. Die europaweite Bereitschaft zur Aufnahme Kriegsgeflüchteter und die Bereitstellung von Ressourcen ist beeindruckend und zeugt von großer Solidarität. Die Lage von ukrainischen Geflüchteten, die der Roma-Minderheit angehören, sieht jedoch anders aus. Ein Problem ist, dass manche Roma nicht über alle notwendigen Dokumente zur Ausreise verfügen. Schätzungsweise 10 Prozent der ukrainischen Roma besitzen keine Papiere und seit März 2022 gibt es Berichte, nach denen Roma an den EU-Grenzen von ukrainische Grenzbehörden aufgrund fehlender Ausweispapiere an der Flucht und Weiterreise gehindert werden. Von denjenigen, die das Land verlassen, verbleibt ein Teil in grenznahen Regionen und ein Teil flieht weiter Richtung Westen. So suchen seit dem Kriegsausbruch viele ukrainische Roma auch in Deutschland Zuflucht.

Bereits in ihrem Heimatland sind Roma Diskriminierung und Benachteiligung ausgesetzt. Auf der Flucht wird diese negative Erfahrung fortgesetzt und oft noch verstärkt. Die Lage der Roma aus der Ukraine ist historisch von Verfolgung und Prekarisierung geprägt. Roma leben seit dem 15. Jahrhundert auf dem Gebiet der heutigen Ukraine. Schätzungen zufolge lebten vor Kriegsbeginn bis zu 400.000 Roma in der Ukraine. Wie in vielen anderen Ländern ist auch hier der Antiziganismus sehr verbreitet. Er drückt sich darin aus, dass Roma spezifische Eigenschaften zugeschrieben werden. Darüber hinaus führte der historisch verwurzelte Antiziganismus zu festgefahrener Diskriminierung und gesellschaftlicher Exklusion. Ein großer Teil der Roma in der Ukraine ist heute arbeitslos und ohne Berufsausbildung. Diskriminierung im Schul- und Gesundheitswesen ist alltäglich. Viele Roma leben in gettoisierten Stadtteilen getrennt von der Mehrheitsgesellschaft. Mit der Flucht vor dem Krieg und dem Verlassen der Ukraine ändert sich jedoch meist wenig an der benachteiligten Situation der Roma.

ANKUNFT UND SITUATION IN DEUTSCHLAND

In Deutschland angekommen setzt sich die Diskriminierung der ukrainischen Roma fort. Medial wurden bereits einzelne antiziganistische Vorfälle öffentlich. Im März und April berichten verschiedene Medien davon, dass am Mannheimer Bahnhof einer ankommenden Gruppe von ukrainischen Roma mit antiziganistischen Begründungen der Zugang zu den Aufenthaltsräumen für ukrainische Geflüchtete verwehrt wurde. Einige Wochen später musste ebenfalls in Mannheim eine Gruppe von Roma-Geflüchteten den ICE verlassen, angeblich aufgrund der Missachtung der Maskenpflicht. In Kassel wurde eine Gruppe von Roma-Geflüchteten aus dem ICE geworfen und von der herbeigerufenen Polizei empfangen, nachdem zuvor bereits antiziganistische Durchsagen des Zugpersonals erfolgten.[1] Und auch in Dresden wurden Roma im April von der Polizei am Ausstieg aus dem Zug gehindert, mit der Begründung man habe angenommen sie würden nach Berlin weiterfahren wollen, obwohl die Tickets auf den Zielbahnhof Dresden ausgestellt waren.[2]

Die antiziganistisch motivierte Andersbehandlung der ukrainischen Geflüchteten, wenn sie Roma sind oder als Roma wahrgenommen werden, erfolgt unter Rekurs auf altbekannte antiziganistische Stereotype. Geschürt wird dies von antiziganistischen Diskursen in Medien, Politik und im Internet. Vor allem wird den vor dem Krieg geflüchteten Menschen vorgeworfen, keine ukrainische Geflüchtete zu sein und sich in Deutschland nur Sozialleistungen zu erschleichen.[3] Medien und Politik nutzen die Tatsache, dass einige wenige der in Deutschland angekommenen Geflüchteten keine ukrainischen Reisepässe vorlegen können oder sie ukrainisch-ungarische Doppelstaatsbürger_innen sind, um Roma an sich zu diffamieren und ihnen zu unterstellen, keine Kriegsflüchtlinge zu sein.

Als Melde- und Informationsstelle Antiziganismus erreichten uns in den letzten Monaten bundesweit Meldungen zu antiziganistischen Vorkommnissen. Hierbei beobachten wir, dass antiziganistische Vorfälle gegenüber geflüchteten Roma aus der Ukraine nicht nur auf individueller Ebene stattfinden, sondern sich Antiziganismus besonders auch auf institutioneller und struktureller Ebene bemerkbar macht.

Formen der individuellen Diskriminierung sind auf das vorurteilsbasierte Handeln von Individuen zurückzuführen. So erfahren geflüchtete Roma aus der Ukraine zum einen Diskriminierung durch andere Ukrainer_innen. Unsere regionale Meldestelle in Sachsen berichtet, dass Roma-Familien von anderen Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkunft mehrfach ausgegrenzt wurden. Dies äußert sich darin, dass z.B. ukrainische Geflüchtete nicht dieselbe Waschmaschine benutzen wollten, in der die Roma ihre Wäsche waschen oder dass die Kinder anderer Geflüchteter nicht zur selben Zeit im Hof spielen sollten, wie die Romakinder, oder nicht am selben Tisch sitzen sollten. Zum anderen werden die geflüchteten Roma auch von Einzelpersonen im Hilfesystem diskriminiert – beispielsweise, wenn Dolmetscher_innen sich weigern, auf Ukrainisch für Roma zu übersetzen.

[1]<https://www.fr.de/politik/ukraine-krieg-deutsche-bahn-roma-flucht-opfer-diskriminierung-antiziganismus-rassismus-news-zr-91445455.html>

[2]<https://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/de/2022/04/21/nach-vorfall-in-dresden-dischutz-fuer-romnja-aus-der-ukraine/>

[3]<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/wie-gefluechtete-roma-aus-der-ukraine-gegen-vorurteile-kaempfen,T7PCdEQ>

ANKUNFT UND SITUATION IN DEUTSCHLAND

Je systematischer solches Handeln innerhalb von Organisationen oder Institutionen erfolgt, desto wahrscheinlicher handelt es sich um institutionelle Diskriminierung. Anhand von einzelnen Vorfällen ist nicht ganz einfach zu beurteilen, ob diskriminierendes Handeln auf individuelles Handeln zurückzuführen ist oder als Ergebnis von internen Regeln, Abläufen und Gewohnheiten einer Institution verstanden werden muss. Bei den von uns dokumentierten Fällen gibt es Hinweise, dass die Benachteiligung von ukrainischen Roma auch institutionell bedingt ist, z.B., wenn Landkreise versuchen, die Aufnahme von Roma zu verweigern bzw. zu umgehen, oder Roma segregiert untergebracht werden.

Die strukturelle Benachteiligung von Roma ist in der gesellschaftlichen Ordnung begründet und ist eine Folge der über Jahrzehnte oder Jahrhunderte gewachsenen Art des Zusammenlebens. Sie zeigt sich beispielsweise darin, dass Roma – im Gegensatz zu anderen Geflüchteten aus der Ukraine – in den Geflüchtetenunterkünften bleiben müssen und nicht privat untergebracht werden können. Ein Grund dafür sind die größeren Familienzusammenhänge und der Wunsch, nicht getrennt zu werden. Das Festhalten am Verbleiben in größeren Zusammenschlüssen ist strukturell bedingt. Es ist einerseits eine Folge der Erfahrung von Diskriminierung, Repression und Ausgrenzung und dient andererseits zugleich als Schutz dagegen.

Im Folgenden möchten wir anhand der Bundesländer Berlin, Bayern und Mecklenburg-Vorpommern detaillierter aufzeigen, wie sich Antiziganismus gegenüber geflüchteten Roma aus der Ukraine auf unterschiedlichen Ebenen manifestiert. Den Bericht über die Situation in Berlin hat die Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA) beigetragen, die seit 2014 Antiziganismus in Berlin dokumentiert und seit diesem Jahr eine Regionalstelle der bundesweiten Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) ist.

BERLIN

Die Konstruktion von Roma als illegitime Geflüchtete[4] hat in Berlin eine lange Tradition. Diese führt auch in der Hauptstadt zu einer de facto Ungleichbehandlung von als Roma wahrgenommenen Asylbewerber_innen, welche wir bei DOSTA seit Beginn des Projektes 2014 dokumentieren und problematisieren.

In den Anfangsjahren unserer Dokumentationsstelle handelte es sich in den meisten Vorfällen mit Asylbezug um Geflüchtete aus Balkanstaaten, die nach den auf antiziganistischen Diskursen basierenden Asylrechtsverschärfungen 2015 konstant zur Zielscheibe institutionellen Antiziganismus geworden sind. [5] [6] In den letzten Jahren kam es vermehrt zu Vorfällen, in denen Geflüchtete aus der Republik Moldau – welche im deutschen Diskurs pauschal mit Roma gleichgesetzt werden – diskriminiert wurden. [7] [8] Nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine beobachten wir nun erneut dieselben antiziganistischen Mechanismen, mit denen als Roma wahrgenommene Geflüchtete auch in den Jahren davor konfrontiert waren: Ausschlüsse aus den Versorgungs- und Leistungsstrukturen, Ungleichbehandlung in Unterkünften, antiziganistische Parolen und Beleidigungen in der Öffentlichkeit.

Die meisten Meldungen erreichten uns in den Bereichen Ankunft und Mobilität sowie Unterbringung. Unsere Analyse basiert auf Meldungen und Erfahrungsberichten von freiwilligen Helfer_innen am Berliner Hauptbahnhof und anderer Akteur_innen aus der Roma-Community, unseren eigenen Eindrücken vor Ort in der Willkommenshalle sowie anonymen Meldungen, die bei DOSTA seit Beginn des russischen Angriffskrieges eingingen.

Bei der Ankunft am Berliner Hauptbahnhof erlebten Roma immer wieder eine Andersbehandlung im Vergleich zu aus der Ukraine geflüchteten Menschen, die als weiß gelesen werden. So wurden beispielsweise Zutrittsverbote zur Willkommenshalle durch Sicherheitskräfte erteilt, welche mit fadenscheinigen Rechtfertigungen und rassistischen Beleidigungen einhergingen. Während hier andere Geflüchtete die Willkommenshalle verließen und betraten, wurden mehreren Roma-Familien der Zutritt durch die Sicherheitsangestellten untersagt. Immer wieder mussten Aktivist_innen und sensibilisierte Helfer_innen intervenieren, um die Situation zu klären.

Die Mobilität der Roma wurde eingeschränkt, indem ihnen auch andere Zutritte, z.B. zur Covid-Teststation, verweigert wurden und ihnen mit einem Hausverbot im Berliner Hauptbahnhof gedroht wurde. Des Weiteren kam es dazu, dass Roma-Familien nachts aufgeweckt und aus dem Bahnhofsbereich vertrieben wurden. Sie waren gezwungen, im Bahnhofsbereich zu übernachten, weil der sogenannte Kältezug schnell belegt war und es keine andere Option gab.

Hierbei greifen wieder ähnliche Mechanismen von Antiziganismus wie auf der Flucht – nämlich, dass Roma legitime Fluchtgründe abgesprochen werden und sie nicht als ernst zu nehmende Schutzsuchende wahrgenommen und behandelt werden. So wurde einzelnen Geflüchteten unterstellt, dass sie keine „richtigen“ Geflüchteten seien, weil sie beispielsweise in dem Moment keine (ukrainischen) Dokumente vorzeigen konnten.

[4] Vgl. Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus (2021): Perspektivwechsel – Nachholende Gerechtigkeit – Partizipation, S. 412.

[5] Vgl. Amaro Foro (2019): 5 Jahre Dokumentationsstelle Antiziganismus: Ein Rückblick, S. 58-59, S. 80.

[6] Vgl. Amaro Foro (2017): Dokumentation von antiziganistischen und diskriminierenden Vorfällen in Berlin 2016, S. 22-25.

[7] Vgl. Amaro Foro (2019): 5 Jahre Dokumentationsstelle Antiziganismus: Ein Rückblick, S. 80-81.

[8] Vgl. Amaro Foro (2022): Dokumentation antiziganistischer Vorfälle, Factsheet und Kurzbericht 2021, S. 15.

BERLIN

Auffällig waren die antiziganistischen Methoden an den Verpflegungs- und Hygieneständen. Hier wurden nach kurzer Zeit Ausweise der Menschen verlangt, um sich als „richtige“ Geflüchtete auszuweisen. Gleichzeitig wurde als Roma wahrgenommenen Personen vorgeworfen, sie würden sich kriminell verhalten und angeblich „Verpflegungsstände leerräumen“.

Die Verteilung von Geflüchteten in Unterkünfte stellt ein weiteres Problemfeld dar, auch hier wurde DOSTA von diskriminierenden Vorfällen berichtet. Eine Familie wollte sich beispielsweise im Ankunftszentrum Tegel registrieren lassen, um in Berlin zu bleiben, da der Familienvater in einem Berliner Krankenhaus für unabsehbare Zeit behandelt wird. Die Behandlung des Mannes konnte die Familie mit sämtlichen Dokumenten vom Krankenhaus nachweisen. Den Familienmitgliedern wurde auch bereits eine Unterkunft durch ein Bezirksamt zugewiesen, was die Familie ebenfalls belegen konnte. Die von der Familie vorgelegten Unterlagen wurden allerdings als unzureichend eingestuft und eine neue Bescheinigung vom Krankenhaus wurde eingefordert. Dies führte zu einer erheblichen Verlangsamung des Prozesses und schlussendlich zum Verlust der bereits zugesprochenen Unterbringungsmöglichkeit.

In mehreren bei DOSTA gemeldeten Fällen wurde berichtet, dass immer wieder, wenn Roma-Familien vorsprachen, Sicherheitsleute und Polizeikräfte eingesetzt wurden, was eine beängstigende Atmosphäre für die vorsprechenden Personen schaffte. Darüber hinaus gab es DOSTA-Meldungen über antiziganistische Äußerungen sowohl seitens des Personals im Ankunftszentrum, als auch von anderen Schutzsuchenden.

Schon kurz nach den ersten gemeldeten Diskriminierungsvorfällen, haben wir die ersten Sensibilisierungsworkshops zum Thema Antiziganismus gegeben. Dieses Angebot wurde von verschiedenen Akteur_innen wahrgenommen, wie Helfer_innen, Polizei und anderen Sicherheitskräften sowie Mitarbeitenden der Deutschen Bahn.

BAYERN

In Bayern zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Hier verschärfte sich die Lage der ukrainischen Roma vor allem dadurch, dass es in zahlreichen Landkreisen an politischem Willen fehlt, für geflüchtete Roma adäquate Unterbringungsbedingungen zu schaffen. Manchmal wird die Aufnahme geflüchteter Roma sogar ausdrücklich abgelehnt. Seitens einiger Verwaltungsbehörden wird ukrainischen Roma auch hier vorgeworfen, keine „echten“ Kriegsflüchtlinge zu sein und nur materielle Leistungen beziehen zu wollen. Die institutionelle Diskriminierung zeigt sich vor allem darin, dass Roma segregiert in provisorischen Unterkünten und Hallen untergebracht werden – unter anderem unter dem Vorwand, dass sie Geflüchtete ohne Roma-Hintergrund belästigen würden.

Das führte dazu, dass in den Münchner Messehallen zeitweise bis zu 2.000 aus der Ukraine geflüchtete Roma über mehrere Wochen hinweg in einer Massenunterkunft untergebracht waren. Geflüchtete, die der ukrainischen Mehrheitsgesellschaft angehören, wurden hingegen oft innerhalb weniger Tage in dezentrale Quartiere weitervermittelt. Von verschiedenen Akteur_innen vor Ort wurde uns geschildert, dass es zum Teil massive Vorbehalte gegenüber Roma-Geflüchteten gab. Die Segregation von geflüchteten Roma beginnt unmittelbar nach ihrer Ankunft. Sie werden getrennt von anderen Geflüchteten in provisorischen Unterkünten und Hallen untergebracht. In Privatunterkünften werden sie nicht vermittelt, mit der Rechtfertigung seitens der örtlichen Verwaltungen, die Familien seien zu groß.

Die Wohnsituation allgemein ist ein großes Problem. Roma-Familien sind durch die Umstände gezwungen, wochenlang in provisorischen Mobilheimen ohne jegliche Privatsphäre zu leben. Im Fall der Messehalle München wurde uns von nur 1,60 m hohe Trennwänden berichtet. Uns erreichten von mehreren Seiten die Schilderungen, dass sich, seitdem die Messehalle hauptsächlich mit Roma-Familien belegt wurde, die Betreuung verschlechterte und Diskriminierung durch das Sicherheitspersonal und die Dienstleister_innen als Normalität gilt: Zu diesem Zeitpunkt gab es zu wenige Lebensmittel und Selbstversorgungsprodukte, wenig Spielzeug, zu wenige Decken, keine Kleiderspenden mehr, keinen Schulunterricht und auch kaum Reinigungsmaßnahmen. Für die segregiert untergebrachten Roma wurden durch das Sicherheitspersonal unnötige Hürden bei der lebensnotwendigen Versorgung aufgebaut. Mit dieser Situation konfrontiert, erfolgte von Seiten des Sicherheits- und Betreuungspersonals häufig der Vorwurf gegenüber den Roma oder als Roma wahrgenommenen Menschen, zu viele Vorräte und Leistungen an sich genommen zu haben. Außerdem weigerten sich immer wieder Dolmetscher_innen in den Ankunftshallen, für Roma zu dolmetschen oder übersetzten sogar falsch.

Mittlerweile sind viele ukrainischen Roma aus den Münchner Messehallen auf andere Landkreise verteilt. Ob sich ihre Situation dadurch verbessert hat, ist nicht bekannt und eher unwahrscheinlich. Erste Meldungen deuten darauf hin, dass sich nun in anderen Landkreisen die benachteiligende und nicht bedarfsdeckende Unterbringung sowie die antiziganistische Diskriminierung fortsetzt.

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Im Gegensatz zur Situation in Bayern können wir unsere Beobachtungen in Mecklenburg-Vorpommern nicht auf Meldungen stützen, sondern waren selbst vor Ort und haben einen Tag lang mit Personen aus der Verwaltung und mit geflüchteten Roma gesprochen. Anlass unseres Besuches war eine Mitteilung an uns, dass Roma aus der Ukraine in manchen Landkreisen Mecklenburg-Vorpommerns schlecht untergebracht seien. Im Vorfeld unseres Besuches wurden uns Berichte von Mitarbeitenden verschiedener Landkreise geschildert, die von antiziganistischen Narrativen geprägt waren: „die Roma würden im Land `herumziehen` und man wüsste nicht wo sie sind“; „sie würden herumziehen, um mehr Leistungen zu kassieren“; „es seien keine Ukrainer_innern, sondern Ungar_innen“; „einige seien angeblich im Menschenhandel verwickelt und hätten sich mit deutschen Sinti zusammengetan“; „sie hätten Unterkünfte demoliert“; „sie seien gewalttätig und würden die anderen ukrainischen Geflüchteten einschüchtern“.

Wir besuchten zwei Geflüchtetenunterkünfte, in denen zum Zeitpunkt des Besuchs etwa 100 geflüchtete ukrainische Roma untergebracht waren. Mitarbeitende der Unterkünfte teilten uns mit, dass es seit Ankunft der Familien vor wenigen Tagen keine Vorkommnisse mehr gab. Wir sprachen mit zwei Roma-Familien, die uns von Konflikten mit anderen ukrainischen Geflüchteten berichteten. Sie waren sehr verwundert, über die oben genannten Berichte der Mitarbeitenden. Ihre Berichte fokussierten sich vor allem auf individuelle, antiziganistisch motivierte Diskriminierungserfahrungen. Sie berichteten, von ukrainischen Geflüchteten antiziganistisch beleidigt und herabwürdigend behandelt worden zu sein. Auch von körperlichen Übergriffen und sexueller Belästigung gegenüber den Kindern wurde uns erzählt. In den Gesprächen wurde deutlich, wie die antiziganistischen Diskriminierungserfahrungen in Deutschland anknüpfen an die Erfahrungen von Benachteiligung, Ausschluss und Segregation in der Ukraine.

Nach Angaben der Verwaltungsangestellten habe man sich selbst erst seit einigen Wochen mit der Minderheit der Roma beschäftigt. Vorher habe es keine Berührungspunkte gegeben. Dennoch wurden die Roma ausnahmslos als „besondere“ oder „spezielle Personengruppe“ bezeichnet, von der man wisse, dass sie „nicht den besten Ruf“ mitbrächten. An uns wurde zudem die Erwartung gerichtet, den Roma zu vermitteln, wie sie sich hier zu verhalten haben. Als äußerst problematisch konnten wir auch beobachten, dass die Kinder der Roma-Familien im schulpflichtigen Alter noch nicht eingeschult wurden. Obwohl die Familien schon seit geraumer Zeit im Landkreis waren, schien es sich für die Verwaltung Mitte Mai nach eigenen Angaben nicht mehr zu lohnen, die Kinder noch in diesem Schuljahr in Klassen zu vermitteln. Eine solche benachteiligende Behandlung durch die kommunale Verwaltung basiert auch auf antiziganistischen Stereotypen.

FORDERUNG UND AUSBLICK

Im Wesentlichen konnte MIA und die regionalen Meldestellen einen tief verwurzelten Antiziganismus auf zwei Ebenen beobachten. Auf der individuellen Ebene erleben Roma-Geflüchtete Antiziganismus in Form von Diffamierungen, sowohl durch andere ukrainische Geflüchtete als auch durch Sicherheitspersonal und Helfer_innen. Auf der anderen Seite sind Roma-Geflüchtete institutionellem Antiziganismus ausgesetzt. Sie werden von den Verwaltungsstrukturen benachteiligt und sind mit starken Vorurteilen konfrontiert. Die Pauschalisierungen des Sicherheitspersonals, der Helfer_innen und der lokalen Verwaltung zeugen von der Übernahme vieler antiziganistischer Stereotype.

Während die Hilfsbereitschaft gegenüber ukrainischen Kriegsgeflüchteten groß ist, wird Roma aus der Ukraine oftmals abgesprochen, vor dem Krieg geflohen zu sein. MIA und DOSTA halten diese Ungleichbehandlung für völlig inakzeptabel und fordern hinsichtlich des Umgangs mit geflüchteten Roma: Gleichbehandlung und gleichen Schutz gewähren! Die oben beschriebenen Zustände in den Ankunftscentren und Unterkünften wie der Münchner Messehalle oder am Berliner Hauptbahnhof sind untragbar und dürfen sich nicht mehr wiederholen.

Denn diese Diskriminierungserfahrungen führen zu einer Retraumatisierung für viele ukrainische Roma und schaffen ein weitgehendes Misstrauen sowohl gegenüber der deutschen Zivilgesellschaft als auch gegenüber den staatlichen Strukturen. Laut Betroffenen herrscht für viele ukrainische Roma ein eher bedrohliches Klima in den Ankunftscentren und Notunterkünften, was der grundlegenden Schutzfunktion dieser Räume widerspricht. Diese sollten nämlich für alle Schutzbedürftigen als Safe Spaces fungieren, in denen vor Krieg und Gewalt geflohene (und möglicherweise traumatisierte) Menschen zur Ruhe kommen können.

Wir verweisen in diesem Zusammenhang explizit auf die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber den ukrainischen Roma, unter denen sich viele Nachkommen von Holocaust-Überlebenden befinden. Deutschland muss aus seiner historischen Verantwortung heraus sowohl Roma, die in der Ukraine verblieben sind, als auch diejenigen, die aus der Ukraine flüchten konnten, in jeder nur erdenklichen Weise unterstützen. Zugleich müssen antiziganistische Haltungen und Praktiken schonungslos thematisiert und diesen entschieden entgegengetreten werden.

Zum Schluss möchten wir allen danken, die uns antiziganistische Vorfälle gemeldet haben. Das Sichtbarmachen des Dunkelfelds von antiziganistischen Vorfällen und das Schaffen einer breiten Öffentlichkeit ist die Grundlage dafür, Antiziganismus zu bekämpfen!

MIA | Melde- und Informationsstelle Antiziganismus

Bundesgeschäftsstelle
Prinzenstraße 84.1
10969 Berlin

E-Mail: Info@mia-bund.de
Telefon: 030 69 00 42 29 20